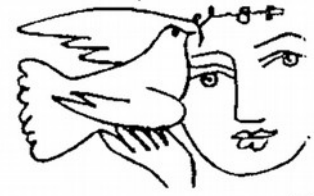


## **Gemeinsame Sicherheit statt Konfrontation**



### **Dringender Appell an die politisch Verantwortlichen in Bundesregierung und Parteien**

Die ukrainische Regierung will mehr Waffen von der EU, speziell von Deutschland. Zugleich beharrt Kiew darauf, Mitglied der NATO zu werden. Präsident Poroschenko sagt: „Ich habe keine Angst vor einem Krieg mit russischen Truppen“. Und: „Wir sind auf das Szenario für diesen totalen Krieg vorbereitet“. Diese in den Medien breit getretene Mobilmachung ist verantwortungslos und muss beendet werden. Alle Versuche, politische Probleme militärisch zu lösen, hinterließen bisher nur Scherbenhaufen.

Die Bundesregierung mit Frau Merkel an der Spitze darf angesichts der selbst auferlegten „deutschen Verantwortung“ das gefährliche Geschehen in Kiew nicht einfach hinnehmen. Sie ist für einen Ausweg aus dem Verhängnis mitverantwortlich.

Angesichts der drohenden Eskalation der Gewalt ist eine neue europäische Friedensordnung auf der Grundlage der OSZE erforderlich. Sie ist nicht ohne oder gegen Russland möglich. Es geht nicht um Putin-Verstehen, sondern um die Wahrnehmung der Interessen unserer Bürgerinnen und Bürger durch politische Schritte und Diplomatie. Sanktionen schaden den Menschen Europas, der Ukraine und Russland gleichermaßen, Sie müssen beendet werden.

70 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der Befreiung vom Faschismus fordern wir von unseren politisch Verantwortlichen, sich für ein Ende der Gewalt in der Ukraine zu engagieren. Frieden schaffen erfordert Verständnis für den anderen und die Bereitschaft zum Kompromiss. Frieden ist nicht alles. Aber ohne Frieden ist alles nichts (Willy Brandt).

Kassel, den 7.12.2014  
Bundesausschuss Friedensratschlag